

Antrag

der Abgeordneten Tobias Matthias Peterka, Dr. Götz Frömming, Martin Renner, Volker Münz, Beatrix von Storch, Dr. Christina Baum, Marcus Bühl, Edgar Naujok, Bernd Schattner, Jan Wenzel Schmidt, Dr. Harald Weyel, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Erinnerung an die kommunistische Gewaltherrschaft in Deutschland neu aufstellen – Tag des Volksaufstandes in der DDR zum Feiertag erheben, Bau des Mahnmals beschleunigen und Wissensvermittlung gewährleisten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Heute leben in Deutschland ca. zwei Millionen Personen, die Opfer von Verfolgung durch das kommunistische Regime der DDR und der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wurden. Nur ein Teil von ihnen wurde entschädigt oder rehabilitiert.¹

Die Erinnerung an den demokratischen Widerstand gegen die kommunistische Gewaltherrschaft sollte die deutschen Herzen mit Stolz erfüllen. Mit dem Volksaufstand des 17. Juni 1953 wurde klar, dass die Deutschen in der DDR keine zweite Diktatur dulden wollten. Ohne die Unterstützung der Sowjetunion hätte sich das SED-Regime nicht halten können. Als Folge des Volksaufstands wurde der Unterdrückungsapparat massiv ausgebaut und gegen die Deutschen in der DDR ausgerichtet. Die Erinnerung an die Opfer und das erlittene Unrecht muss als Mahnung an die nachfolgenden Generationen verstanden werden und unterstreicht die Notwendigkeit eines antitotalitären Konsenses in der Erinnerungspolitik.

Die bisherige Erinnerungspolitik in Bezug auf die DDR und die SBZ ist als gescheitert anzusehen. Weder der 17. Juni 1953 noch die Namen der Anführer des Volksaufstandes gehören zum Allgemeinwissen der Deutschen. Die Wissensvermittlung zum Thema Verbrechen kommunistischer Systeme ist an Schulen zum großen Teil mangelhaft, wie eine Reihe von Schülerbefragungen des Forschungsverbundes SED-Staat gezeigt haben: So gaben 2007 knapp 39% der befragten Schüler in den neuen Bundesländern und ca. 24% in den alten Bundesländern an, dass die Staatssicherheit der DDR ein "normaler Geheimdienst" war. Knapp 45%

¹ Vgl. <https://www.deutschlandfunk.de/die-folgen-von-sed-verfolgung-auf-die-kinder-von-betroffenen-100.html>, letzter Aufruf: 20. Oktober 2024.

im Osten und 39% im Westen konnten nicht sagen, ob die DDR-Regierung demokratisch durch Wahlen legitimiert war. Fast 17% im Osten und 13% im Westen meinten, die DDR-Regierung sei demokratisch legitimiert.²

Nach 35 Jahren Mauerfall ist es immer noch nicht gelungen das seit Jahren geplante zentrale Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland zu errichten. Schon von 2012 bis 2015 erhielt die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) Projektmittel der BKM für die Erarbeitung der Konzeption des Mahnmals und für die wissenschaftliche Diskussion.³ Trotz mehrerer Bundestagsbeschlüsse in den letzten Legislaturperioden und politischer Bekundungen für das Denkmal verzögerte sich dessen Umsetzung und zieht sich bis heute in die Länge.⁴ Ein Standort für das Denkmal konnte endlich festgelegt werden, aber ein Termin für den Baubeginn steht immer noch nicht fest.

Die gescheiterte Erinnerungs- und Aufarbeitungspolitik wirkt sich negativ auf die Anerkennung von Rehabilitation und Entschädigungen, insbesondere von Gesundheitsschäden aufgrund von Haft und Verfolgung aus.

Die SED-Opferbeauftragte des Deutschen Bundestages hat unter Verweis auf die unterschiedlichen Sozialstudien der Landesbeauftragten auf die prekäre soziale Lage der SED-Opfer aufmerksam gemacht. „So zeigte die Sozialstudie aus Brandenburg beispielsweise, dass nahezu jeder zweite Betroffene von SED-Unrecht in Brandenburg heute an der Grenze der Armutsgefährdung lebt und rund jeder dritte Betroffene über ein Haushaltseinkommen von weniger als 1.000 Euro verfügt.“⁵

Nach 35 Jahren Mauerfall haben die Opfer politischer Verfolgung in der SBZ und DDR nach wie vor Probleme ihre gesundheitlichen Schädigungen offiziell anerkannt zu bekommen und an finanzielle Unterstützung zu gelangen. Eltern, dessen Kinder durch den DDR-Unrechtsstaat geraubt wurden, werden bis heute dafür kriminalisiert, dass sie Kontakt zu ihren Kindern suchen. Die besondere Zuwendung für Haftopfer nach § 17a StrRehaG ist weiterhin an einer Bedürftigkeitsprüfung gebunden und beträgt geringe 330,- Euro je Monat.

Diese Zustandsbeschreibung offenbart, dass die bisherige Erinnerungskultur der Bundesrepublik gescheitert ist. Es bedarf einer dringenden Neuaufstellung.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung dazu auf,

1. den Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 zu einem Feiertag zu erheben;
2. zu prüfen, welcher Feiertag im Zuge der Einführung des 17. Juni als Feiertag zum Gedenktag umgewandelt werden kann;
3. am Tag des Mauerbaus, den 13. August 1961, den Opfern der politischen Verfolgung besonders zu gedenken; in Zusammenarbeit mit den Ländern soll vor allem Zeitzeugen und Opfern politischer Verfolgung an Schulen, Universitäten und Kultureinrichtungen Gehör gegeben werden;
4. die bisherige Umsetzung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes in Bezug auf ihre Wirksamkeit und den gesteckten Zielen bei der Aufarbeitung

² Vgl. <https://www.spiegel.de/fotostrecke/schuelerbefragung-zur-ddr-stasi-halb-so-schlimm-fotostrecke-30378.html>, letzter Aufruf: 20. Oktober 2024.

³ Vgl. <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/erinnern/Denkmal-zur-Mahnung-und-Erinnerung-an-die-Opfer-der-kommunistischen-Diktatur-in-Deutschland/bisherige-initiativen>, letzter Aufruf: 20. Oktober 2024.

⁴ Vgl. <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/erinnern/Denkmal-zur-Mahnung-und-Erinnerung-an-die-Opfer-der-kommunistischen-Diktatur-in-Deutschland/der-lange-Weg>, letzter Aufruf: 20. Oktober 2024.

⁵ <https://dserver.bundestag.de/btd/20/117/2011750.pdf>, S.15, letzter Aufruf: 28. Oktober 2024.

- der kommunistischen Diktatur in Deutschland zu überprüfen; die Bundesregierung soll hierzu jährlich dem Bundestag berichten;
5. darauf hinzuwirken, dass der Bau des Mahnmals für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in Deutschland am Standort Spreebogenpark endlich beginnen kann und zum Abschluss gebracht wird; im Gestaltungswettbewerb soll sichergestellt werden, dass die verschiedenen Opfergruppen wie u.a. Haftopfer, Opfer der Sonderlager oder von Zwangsdoping in der Gestaltung des Mahnmals besonders gewürdigt und im Dokumentationszentrum mit Zahlen, Daten und Fakten benannt werden;
 6. sich über die Kultusministerkonferenz dafür einzusetzen, dass der Volksaufstand der DDR, der Mauerbau, die systematische Verfolgung durch die Stasi und die Repressionsmaßnahmen wie Haft und Zersetzung verpflichtend in die Lehrpläne aufgenommen und auch prüfungsrelevant werden; dabei sollen ausdrücklich auch Besuche von außerschulischen Lernorten ins Programm aufgenommen werden;
 7. über die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz darauf hinzuwirken, dass Forschung und Lehre zur kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland und Europa durch eine auskömmliche Finanzierung und Schaffung von Lehrstühlen an den Hochschulen sichergestellt werden.

Berlin, den 6. November 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Der Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 gehört laut dem Historiker Hubertus Knabe „in die Reihe der großen revolutionären Erhebungen in Deutschland“⁶. Insgesamt beteiligten sich mehr als eine Million Menschen an dem Aufstand⁷. In über 700 Städten der DDR kann es zu Streiks, Demonstrationen und zum Teil blutigen Auseinandersetzungen. Die sowjetische Besatzungsmacht beendete den Aufstand gewaltsam⁸. Die Niederschlagung war „einer der größten Militäreinsätze in der europäischen Nachkriegsgeschichte“. Über 50 Menschen wurden von sowjetischen Soldaten bzw. den DDR-Sicherheitsorganen getötet oder zum Tode verurteilt. In der Folge wurden mehr als 15 000 Bürger inhaftiert⁹, Tausende von unschuldigen DDR-Bürgern wurden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt, Hunderte wurden zu Zwangsarbeitslagern in Sibirien verurteilt. Als Reaktion auf den Aufstand erfolgte der massive Aufbau der DDR-Staatssicherheit. Es wurde ein Überwachungs-, Disziplinierungs- und Unterdrückungsapparat installiert, der auf allen gesellschaftlichen Ebenen wirkte und die Bevölkerung terrorisierte. Der Ausruf der Menschen damals, „Wir wollen freie Menschen sein.“¹⁰, wird an Aktualität nie einbüßen. Der Ruf nach Freiheit darf nicht verstummen, weshalb der 17. Juni 1953 wieder als Feiertag bestimmt werden soll.

Der 17. Juni soll aufgrund seiner enormen historischen Bedeutung und aus Anerkennung des Muts der Bürger als Feiertag eingeführt werden. Damit die Einführung aufkommensneutral bleibt, soll im Gegenzug ein anderer gesetzlicher Feiertag künftig als Gedenktag gefeiert werden. Die Prüfung, welcher Feiertag künftig als Gedenktag gestaltet sein soll, soll durch die Bundesregierung erfolgen.

⁶ https://tp-online.de/politik/17-juni-1953-vom-betriebsausflug-zum-groessten-aufstand_aid-9027639, letzter Aufruf: 20. Oktober 2024.

⁷ <https://www.bpb.de/themen/deutsche-teilung/der-aufstand-des-17-juni-1953/152602/der-17-juni-im-land/>, letzter Aufruf: 20. Oktober 2024.

⁸ s.o.

⁹ <https://www.bpb.de/themen/deutsche-teilung/der-aufstand-des-17-juni-1953/154326/die-folgen-des-aufstandes/>, letzter Aufruf: 20. Oktober 2024.

¹⁰ <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/163193/60-jahrestag-17-juni-1953/>, letzter Aufruf: 20. Oktober 2024.

In der Nacht zum Sonntag, dem 13. August 1961, erteilte SED-Chef Walter Ulbricht den Befehl zum Bau der Mauer. Für die DDR-Grenzsoldaten galt bereits seit 1960 in Fällen des „ungesetzlichen Grenzübertritts“ der Schießbefehl. Bei den Versuchen, die schwer bewachten Grenzanlagen in Richtung West-Berlin zu überwinden, wurden schätzungsweise zwischen 136¹¹ und 245 Menschen getötet. Die genaue Zahl der Todesopfer an der Berliner Mauer ist nicht bekannt. Zum Gedenken an die Opfer der Berliner Mauer wurden sehr unterschiedlich gestaltete Mahnmale errichtet. Kleinere Kreuze oder andere Zeichen des Gedenkens dienen der Erinnerung an erschossene Flüchtlinge. Sie befinden sich an verschiedenen Stellen der ehemaligen Grenze und gehen meist auf private Initiativen zurück. Ein bekannter Gedenkort sind die Weißen Kreuze am Spreeufer neben dem Reichstagsgebäude. Ein zentrales Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland gibt es bis heute nicht.

Den mutigen Bürgern des Volksaufstandes in der DDR 1953 und den Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft muss gleichermaßen gedacht werden. Die Erinnerung an die kommunistische Gewaltherrschaft in Deutschland muss zwingend neu aufgestellt werden. Deshalb ist es notwendig, den Tag des Volksaufstandes in der DDR zum Feiertag zu erheben, den Bau des Mahnmals zu beschleunigen und die Wissensvermittlung zu gewährleisten.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

¹¹ <https://www.stiftung-berliner-mauer.de/de/themen/todesopfer-berliner-mauer>, letzter Aufruf: 20. Oktober 2024.